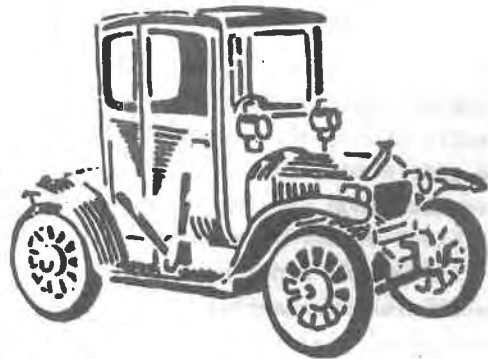


ERNST BRABLETZ

Fahrschule



wir schulen auf
VW Golf, BMW 320, Ford Automatik
Honda 200, BMW 450, BMW 900/1 b,
Herkules Ultra S

Röttingen/Creglingen

Telefon 0 93 38/2 98



MITTEILUNGSBLATT DER SPD

1. Jahrgang - 2. Ausgabe - April 1981

WAS LANGE WÄHRT, WÄHRT ENDLICH GUT -

ODER: WIE DIE CREGLINGER SPD NUN DOCH ZU EINEM
STADTHALLENTERMIN GEKOMMEN IST!

Für das Jahr 1980 haben wir uns - mit dem gleichen Recht wie andere Creglinger Vereine auch - um einen Stadthallentermin beworben.

Aus dem Mitteilungsblatt der Stadt erfuhren wir dann, daß unser Antrag abgelehnt worden sei. Eine direkte Information oder gar eine Begründung über bzw. für diese Absage erhielten wir nicht.

Am 8. August 1980 teilten wir daraufhin der Stadt mit, daß wir diesen Beschluß des Gemeinderates bei den zuständigen Stellen überprüfen lassen würden. Wir wiesen in diesem Zusammenhang auf den § 10 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg hin, in dem die Nutzung öffentlicher Einrichtungen folgendermaßen geregelt ist:

"Die Einwohner sind im Rahmen des geltenden Rechtes berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde nach gleichen Grundsätzen zu benutzen

Außerdem informierten wir die Stadt darüber, daß wir die von Bürgermeister Bauer genannten Vergaberichtlinien der "Jugendförderung und der Allgemeinnützigkeit" natürlich in dem im Grundgesetz formulierten Maße von der Aufgabe politischer Parteien erfüllen.

Am 17. September erhielten wir dann erstmals Post von der Stadt. Inhalt: Ein Fragebogen zur Finanzsituation unseres Ortsvereines - den wir wahrheitsgemäß ausgefüllt zurücksandten - sowie der einigermaßen beleidigte Hinweis:

"Im übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, daß uns die gesetzlichen Vorschriften der Gemeindeordnung über die Benutzung öffentlicher Einrichtungen bekannt sind. Im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Meinung, daß ein parteipolitischer Ortsverein nur schwer mit einem Verein im üblichen Sinne zu vergleichen ist. Die Entscheidung über die Bedeutung eines Vereines für die Jugendbetreuung und das kulturelle

Leben innerhalb der Stadt Creglingen dürfte letzten Endes doch beim Gemeinderat liegen."

Im übrigen wurde auf eine nochmalige Befassung des Gemeinderates mit dieser Angelegenheit hingewiesen. Nach dieser Gemeinderatssitzung erhielten wir dann - wie nicht anders zu erwarten - eine eindeutige Absage.

"..... In diesem Zusammenhang wurde mit eindeutiger Mehrheit der Antrag des Ortsvereines der SPD auf Zuweisung eines Termines für eine Tanzveranstaltung in der Turnhalle abgelehnt. Der Gemeinderat war der Ansicht, daß die Zielsetzung der Vereinsarbeit eines parteipolitischen Vereines nicht mit der anderer Creglinger Vereine zu vergleichen ist. Mit dieser Aussage soll keine Wertung der Arbeit des SPD-Ortsvereines vorgenommen werden. Der Gemeinderat anerkennt die Arbeit des Ortsvereines, der sich ja in der Vergangenheit wiederholt an anderen öffentlichen Veranstaltungen uneigennützig beteiligt hat....."

Natürlich haben wir diese Entscheidung sehr wohl als Wertung verstanden. Alles und auch wirklich jedes noch so private Hobby ist in Creglingen förderungswürdig - nur man komme doch um Gotteswillen nicht mit Politik!

Da wir nach wie vor an unsere Gemeinnützigkeit, das Grundgesetz (§ 3) und die Gemeindeordnung (§ 10) glaubten, reichten wir gegen diese unserer Meinung nach eigenwillige und fragwürdige Entscheidung des Gemeinderates Beschwerde bei der Dienstaufsichtsbehörde für Gemeinden im Main-Tauber-Kreis, dem Landratsamt in Tauberbischofsheim, ein. Die Antwort, die wir von dort erhielten fiel sehr eindeutig ein - eindeutig jedenfalls, als sie von der Stadt Creglingen in der Presse und im Mitteilungsblatt der Stadt dargestellt wurde. Folgende Feststellungen im Schreiben der Dienstaufsichtsbehörde sollen an dieser Stelle wiedergegeben werden:

- Die Entscheidung des Creglinger Stadtrates, politische Vereine von der Terminvergabe auszuschließen, ist rechtlich nicht haltbar. Der Gemeinderat wird aufgefordert, diesen Beschluß aufzuheben und politische Vereine bei der Terminvergabe zu berücksichtigen.
- Nur wenn der Antrag verspätet gestellt wird - was in unserem Fall nicht zutrifft, da wir uns seit 1979 um einen Termin bemühen - kann aus Gründen der Überlastung eine Einschränkung

RESTAURANT — KONFITOREI — CAFE



Kohlesmühle

Inh.: Mira und Herbert Roth

Tel.: 07933 503

Gutbürgerliche Küche — Edle Weine aus Franken

Beerenweine — wie zu Großmutter's Zeiten

vorgenommen oder Resttermine zugewiesen werden.

Wir bedauern es, daß eine Lösung nur auf diese für alle Beteiligten so unangenehme Art zustande gekommen ist. Aber nicht zuletzt wegen des Verhaltens von Bürgermeister Bauer - der nach § 43 Abs. 2 der Gemeindeordnung Beschlüssen des Gemeinderates widersprechen muß, wenn er der Auffassung ist, daß sie mit geltendem Recht nicht übereinstimmen - hatten wir keine andere Möglichkeit, als diesen Weg einzuschlagen.

Sie können sicher sein, liebe Creglinger Mitbürger, daß wir die finanziellen Mittel, die wir eventuell durch einen Termin in der Stadthalle zur Verfügung haben, zum Wohle aller Bürger unserer Gemeinde einsetzen werden.

EISEN UNGER

DAS HAUS AM PLATZE:

Wir führen für Sie:

Bosch Heimwerker und Handwerkerprogramm
Maschinen und Werkzeuge in großer Auswahl
Grobeisen, Kleineisenwaren
in allen Abmessungen, in jeder Menge

Schauen Sie einmal bei uns herein; Testen Sie uns; wir freuen uns schon auf Ihren Besuch!

WERNER UNGER KG
6993 Creglingen Hauptstr. Tel. 343

Ein südfriesischer Pilot wird vom Tower aufgefordert, über Funk seine Höhe und seine Position durchzugeben.

„Hallo Tower“, meldet er, „meine Höhe ist 1,83 m ohne Schuhe, und meine Position befindet sich vorn links in der Kanzel. Roger.“

Der Mann hat seinen Urlaub in den Bergen verbracht. Er erzählt und erzählt. „... und als ich dann den schmalen Pfad entlangging, gähnte vor mir plötzlich ein Abgrund...“

Unterbricht ein Zuhörer: „Gähnte der Abgrund schon bevor Sie kamen?“

MUNI-DEPOT WALDMANNSHOFEN -

ODER: DIE FUNKSTILLE EINER BÜRGERINITIATIVE

Es ist ruhig geworden um das geplante Muni-Depot zwischen Aub-Baldersheim und Waldmannshofen. Dr. Krüger, Vorsitzender der Bürgerinitiative, begründet die "Arbeitspause" damit, daß die Dinge ja gelaufen seien. Das heißt, das Depot kommt - falls in der Bundeskasse die notwendigen Mittel vorhanden sind.

Zum Sachverhalt folgendes:

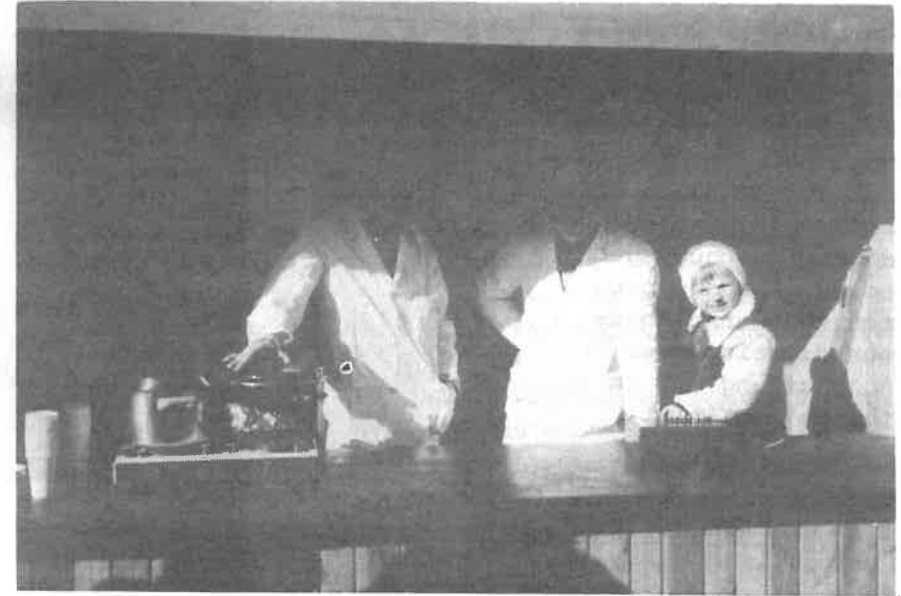
Die Bundesrepublik Deutschland hat mit den Amerikanern ein bilaterales Abkommen geschlossen, nach dem sich die Bundesrepublik verpflichtet, den US-Streitkräften die im Rahmen ihrer Militärplanung notwendigen Stützpunkte in unserem Lande zur Verfügung zu stellen (Flugplätze, Truppenübungsplätze, Muni-Depots usw.) Das heißt im Klartext: Wenn die Amerikaner ein Gelände wollen, dann kriegen sie es auch - es sei denn, die verantwortlichen Politiker würden sich dazu durchringen, mit den USA neue Modalitäten auszuhandeln. Da die Reagan-Regierung ja nun den Rüstungsetat gewaltig aufbläht und unter anderem von den Bundesdeutschen auch verlangt, Material und Munition für zwei bis drei weitere Divisionen zu bevorraten, kann man davon ausgehen, daß der Druck, dieses Muni-Depot bald zu bauen, von Seiten der US-Streitkräfte weiter verstärkt werden wird.

Soweit so gut - oder so schlecht, wie man will. Wie es aussieht - und Ortsvorsteher Scheiderer von Waldmannshofen bewertet es auch so - haben die Bayern es geschafft, den Standort so günstig festzulegen, daß die Hauptlast der Nachteile (Gefahrenzonen) dieses Depots die Waldmannshöfer trifft. Und weiterhin ist klar, daß durch die Festlegung des Areals in einem landschaftlich schützenswerten Gebiet unserer Heimat weiterer Schaden zugefügt werden wird.

Eine entscheidende Frage aber bleibt: Warum, so fragen wir, stellt die Bürgerinitiative ihre Arbeit ein, wenn sie in einem Detailbereich eines großen Problemfeldes nicht erfolgreich ist?

Aus dem Vereinsleben

500.-- DM FÜR EINEN GUTEN ZWECK!!!



Der Glühweinverkaufsstand der Creglinger SPD
mit den "Schankwirten" Horst Egner und Alfons Zink

Der Glühweinverkaufsstand der Creglinger SPD ist inzwischen schon eine feste Einrichtung beim Creglinger Pferdemarkt. Auch in diesem Jahr war der Umsatz durch Ihre großzügige Unterstützung, liebe Creglinger Mitbürger, nach "oben gerichtet" so daß nach Abzug der Unkosten die von uns etwas "nach oben korrigierte" runde Summe von 500.-- DM übrigblieb. Dieser Betrag wurde von uns der Behindertenwerkstätte in

Denn die Tatsache, daß immer mehr an solchen Rüstungseinrichtungen benötigt werden, resultiert aus den Aufrüstungsbestrebungen in den USA und bei den Militärs in der NATO. Deshalb wäre es doch logisch und folgerichtig - und im Sinne der Glaubwürdigkeit der Bürgerinitiative auch unerlässlich - wenn man sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen würde, daß dieser (wahnsinnige) Rüstungswettlauf endlich gestoppt wird.

So aber legt das Verhalten der Bürgerinitiative den Schluß nahe, daß man an den grundsätzlichen Verhältnissen, die für die Muni-Depot-Misere verantwortlich zeichnen, eigentlich nichts ändern will. Sondern daß man nur nach einem politischen Sankt-Florians-Prinzip versucht, drohende Unbill auf andere abzuladen.

Wir meinen: Engagement wird nur dann glaubwürdig, wenn es grundsätzlich durchgehalten wird. Diese Einstellung wäre auch den Mitgliedern der Bürgerinitiative zu wünschen - im Interesse aller Bürger - nicht nur der betroffenen Gemeinden.

Gothaer

Versicherungsbank VVaG

Alle Versicherungen - Leben, Hausrat, Haftpflicht,
Krafftfahrzeug, Roland und Krankenversicherungen.

Stets gut beraten

Heinz Eibergen, Hauptgeschäftsstelle, Torstraße 8, 6993 Creglingen

Gerlachsheim gespendet. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und hoffen, daß die Verwendung des Geldes auch im Ihrem Sinne ist.

Willi Hain, Vorsitzender der Creglinger SPD, im Gespräch mit dem Leiter der Behinderten-Werkstätte Gerlachsheim, Herrn Knaus, der sich herzlich für die Geldspende bedankte. In Anbetracht der Geldknappheit der öffentlichen Hand und der langwierigen "Zuschußwege" helfen solche Spenden nach den Worten von Herrn Knaus sehr, wenn die eine oder andere Anschaffung mal im "Eilverfahren" getätigt werden muß.



Aufgespießt

DIE WASSERSORGEN DER NIEDERRIMBACHER - NUR EIN TEILORTSPROBLEM ?

Auf seiner Wahlreise durch die Teilgemeinden Creglingen's hat Bürgermeister Bauer in den Bürgerversammlungen, die übrigens nach § 20 a der Gemeindeordnung mindestens einmal im Jahr - also nicht nur vor der nächsten Bürgermeisterwahl stattfinden sollte, davon gesprochen, daß die neue Großgemeinde schon recht gut zusammengewachsen sei und daß sich ein Gemeinschaftsgefühl heranzubilden beginne. Auch die Harmonie und Gemeinsamkeit der Gemeinderatsarbeit wurde beschworen. Schon damals drängte sich mir bei dieser Darstellung die Frage auf, wie Herr Bauer eigentlich zu diesem Urteil kommt. Schließt er dabei von der kleinen, durch die Gemeinderatsarbeit verbundene Gruppe der Gemeinderäte auf ein nicht (oder noch nicht) vorhandenes Empfinden des Wahlvolkes?

Als Bewohner einer der Teilgemeinden weiß ich aus eigener Erfahrung sehr wohl, daß Beschlüsse des Gemeinderates und Vorgänge innerhalb der Gemeinde sehr wohl skeptisch daraufhin hinterfragt werden, was für die eigene Gemeinde dabei herauspringt und wer nun wieder die Vorteile davon hat. Das liegt wohl vor allem daran, daß sich das Leben eines jeden Creglinger's trotz Großgemeinde nach wie vor in fast allen Lebensbereichen im eigenen Ort abspielt. So ist es eigentlich selbstverständlich, daß die Dörfer weiterhin ihre Eigeninteressen im Gemeinderat vertreten sehen wollen und müssen.

Die Auseinandersetzung um den Wasserzins der Niederrimbacher (übrigens wie schon gehabt in Archshofen) hat mich bewogen, ein wenig über die Probleme der Großgemeinde nachzudenken und einige Problemstellen aufzuzeigen.

1. Die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen der Teilgemeinden der Großgemeinde Creglingen.

Die Selbstverwaltung auch kleiner Gemeinden brachte es mit sich, daß die Entwicklung einer Gemeinde vor der Gemeindezusammenlegung sehr stark von ihren Führungspersonlichkeiten, insbesondere vom Engagement ihres Bürgermeisters abhing. Ehrlicherweise muß auch gesagt werden, daß die Bedingungen in geographischer, geologischer, struktureller u.a. Hinsicht in den einzelnen Teilorten der jetzigen Großgemeinde sehr unterschiedlich waren und die Durchführung von Maßnahmen z.T. wesentlich erleichterten. Tatsache ist aber, daß bei der Eingemeindung die Teilgemeinden sehr unterschiedlich strukturiert waren. Gemeinden mit allen wesentlichen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, intaktem Straßensystem, durch-



Gasthof Lamm

Fam. Hentschel

Gutbürgerliche Küche - zahlreiche Spezialitäten

frische Forellen - ausgesuchte Weine

Fremdenzimmer, z. T. m. Bad und Dusche

familiäre Atmosphäre

geführter Flurbereinigung u.A. wurden ebenso eingemeindet wie Gemeinden ohne jegliche Binnenstruktur.

Nun wird in unserer Großgemeinde - und das ist ja auch richtig so - schwerpunktmäßig in solchen Gemeinden investiert, wo noch viel zu tun ist. Andere Gemeinden, die gute Voraussetzungen mitbrachten, werden relativ schmal bedacht. So haben Bürger einer solchen Gemeinde trotz allen Verständnisses für die Sorgen der Anderen oft das Gefühl:

"Bei uns wird nichts mehr oder zu wenig getan! Wir werden dafür bestraft, daß wir früher (zu früh) investiert haben! Wenn die Gemeinde selbständig wäre, würde mehr getan!"

Das ist übrigens keine "Aufrechnung", denn die Bürger dieser Gemeinde haben natürlich alle diese Maßnahmen damals selbst - wie ich mich erinnern kann unter Belastungen, die bis an die Grenze des Möglichen gingen - mitfinanziert. Das Prinzip der Solidarität, also der Gedanke "Ihr habt alles, ihr müßt uns nun helfen", sollte daher nicht überstrapaziert werden.

Sicher könnte diesem Mißmut einzelner Gemeinden unter anderem sicher damit abgeholfen werden, daß der Ortschaftsrat mehr Kompetenzen zugesprochen bekäme, z.B. indem er einen eigenen Etat zur Verfügung hätte. Damit könnte die Eigeninitiative und Selbständigkeit der Gemeinden in Bereichen, die gemeindeintern geregelt werden könnten, gestärkt werden.

Übrigens hat die Stadt Weikersheim, in deren Stadtrat Fraktionen vertreten sind, u.a. mit den Stimmen der SPD und der Freien Wähler, erste Schritte in dieser Richtung unternommen.

2. Gemeinden mit Sonderrechten - Darf es das geben?

Zwei Gemeinden, nämlich die Gemeinde Archshofen und die Gemeinde Niederrimbach besitzen im Bereich der Wasserversorgung Sonderrechte. Nur mit Mühe konnten die Archshöfer vor kurzem ihre Autonomie in Sachen Wasserversorgung behaupten. Neuerdings sollen auch die Niederrimbacher mit der restlichen Gemeinde gleichgeschaltet werden.

Worum geht es da nun? Dazu muß man wissen, wie diese Sonderrechte entstanden sind.

Ein Teil des Wassers der Hohenloher-Gruppe stammt aus Quellen des Rimbachtals zwischen Niederrimbach und Standort. In den fünfziger Jahren wurde ein Vertrag mit der Hohenloher-Gruppe abgeschlossen, worin diese berechtigt wurde, alles Wasser abzuschöpfen, das von Niederrimbach nicht verbraucht wurde. Später, als das Wasser dann vor Gebrauch im "Pumpwerk" aufbereitet werden mußte, wurde der Gemeinde kostenloses Wasser nach Bedarf zugesichert. Die Unterhaltung des Leitungssystems wird durch eine

Rücklage von DM 0,75/cbm abgesichert.

Dieser damals auf unbefristete Zeit geschlossene Vertrag gilt natürlich auch heute noch.

Doch nun, da die Wasserver- und Entsorgung nicht mehr kostendeckend arbeitet, sind die Niederrimbacher als Mitzahler wieder ins Gespräch gekommen. Ein Stadtratsbeschuß könnte diesen Vertrag zum Eigentum der Großgemeinde machen, was für die Niederrimbacher bedeuten würden, daß sie Wasserzins wie jeder andere zahlen müssen. Dieser Beschuß wäre aus vielen Gründen fragwürdig.

Hier nur einige wesentliche Argumente dagegen:

- a) Bei der Eingemeindung wurde es als selbstverständlich betrachtet, daß Niederrimbach weiterhin nach den bestehenden Verträgen sein Wasser umsonst bezieht. Daher wurde dieser Punkt auch im Eingemeindungsvertrag nicht gesondert geregelt. Eine gegensätzliche Stadtratsentscheidung würde aber zumindest von den Niederrimbachern moralisch als Bruch des Eingemeindungsvertrages betrachtet werden. Ein Vertrauensschwund und schlimmers wäre die Folge.
- b) Niederrimbach liefert natürlich auch heute noch Wasser an die Hohenloher-Gruppe. Die Vorväter haben diesen Vertrag nicht zuletzt deshalb unbefristet abgeschlossen, um auch ihren Nachfahren etwas Gutes zu tun. Die Nachfahren, also wir, fühlten uns deshalb um das rechtmäßige Erbe betrogen.
- c) Die Wasserversorgung der Niederrimbacher funktioniert letztlich für die Großgemeinde kostenneutral, es entstehen also keinerlei Kosten. Zukunftsinvestitionen werden durch die Rücklage abgesichert. Eine Beteiligung an den Gesamtkosten der Wasserversorgung würde bedeuten, jemand zur Kasse zu beten, der nicht für die Kosten zuständig ist. Hier wäre natürlich die Solidaritätsbereitschaft überstrapaziert.
- d) Der Gemeinderat hat nicht nur die globalen Interessen der Großgemeinde, sondern auch die Interessen Einzelner und einzelner Ortsteile zu vertreten. Sicher sind diese Interessen manchmal gegensätzlich, doch sollten sie nicht, vor allem wenn wie hier alte Rechte verletzt werden, immer zu Gunsten des Ganzen gebrochen werden.

Als Vorreiter einer Angleichung des Wasserzinses ist Stadtrat Müller aus Münster aufgetreten. Vorgeschoben wurden vor allem soziale Argumente und das schon zitierte Prinzip der Solidarität. Natürlich steckt dahinter, gut verbrämt, das Eigeninteresse, selbst das Wasser möglichst billig beziehen zu können. Sicher meint Herr Müller auch, im Interesse der Großgemeinde zu handeln, doch muß er sich natürlich erstens fragen lassen, ob dadurch die Wasserversorgung schon kostendeckend arbeiten würde

(Wasserverbrauch ca. 12.000 cbm), zweitens vertritt Herr Müller eine Gemeinde, in die viel investiert wurde und in nächster Zeit noch viel investiert werden muß und sollte deshalb die Hand nicht begerlich nach kleinen Privilegien Anderer ausstrecken und drittens ist Herr Müller inzwischen stellvertretender Bürgermeister und sollte deshalb alles in seiner Kraft stehende tun, damit die Stadt ihr Wort hält und ihr Gesicht auf den Gemeinden wahrht.

Wir haben uns in diesem Artikel - Ihres Erachtens vielleicht einseitig - besonders um die Probleme einer Teilgemeinde angenommen.

Aber überprüfen Sie unsere Argumente doch einmal und sie werden sicher erkennen, daß diese Interessen sehr wohl berechtigt sind.

Wir hoffen damit auch, das Verständnis für die legitimen Interessen Anderer innerhalb der Großgemeinde ein bißchen zu fördern und nehmen gerne auch Probleme anderer Teilgemeinden in unsere Zeitung auf.

AUTO FAISS

6993 Creglingen



Voller Ideen. Der Passat Variant.

In den Passat gehen 1 Rokokoschrank oder 5 Personen mit viel Gepäck. Auf den Passat gehen mit zusätzlichen Querstreben für die Dachreife 2 Kajakboote oder 2 Drachenflieger oder was sonst sperrig oder lang ist.

VW

Aus dem Vereinsleben

SECHS CREICHELMER IN BERLIN

Vom 14.-19.02.1981 führte die AFA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) der SPD im Unterbezirk Hohenlohe-Franken eine Berlinfahrt durch. Außer den besonderen Problemen der geteilten Stadt Berlin sollten bei diesem Seminar vor allem Einsichten in wirtschaftliche Fragen und Zusammenhänge vermittelt werden. An dieser Fahrt in die geteilte Stadt nahmen auch einige Creglinger Teil. Alle waren von dieser Berlinfahrt tief beeindruckt. Trotz informativer Vorträge und eines umfangreichen Programmes blieb noch genügend Zeit, auch das bekannte Berliner Vergnügungsangebot zu kosten.



Im Bild die Mitglieder der "Creichelmer Delegation" von links: Otto Zink, Monika Egner, Heinz Egner, Erna Zink, Sigrid und Franz Held.

Während einer Stadtrundfahrt konnten die Teilnehmer Berlin kennenlernen und alle wichtigen Sehenswürdigkeiten in Augenschein nehmen. Die besondere Lage der ehemaligen Hauptstadt wurde vor allem bei dem Besuch der Mauer deutlich, die auf grausame und unmenschliche Weise Berliner von Berlinern trennt. Eine Art der Grenzziehung, die wohl einmalig in der Welt sein dürfte. Ein anderer Höhepunkt des Besuchs-Programmes war die Gedenkstätte "Plötzensee" - ein Mahnmal der Greuelthaten faschistischer Willkürherrschaft. Die ausgehängten Todesurteile, die damals "Im Namen des Volkes" vom Naziregime gefällt wurden, sind ein verabscheuungswürdiges Zeugnis unserer jüngsten Vergangenheit, das bei allen Mitgliedern der Besuchergruppe tiefe Betroffenheit auslöste.

Unvergeßlich auch der Besuch in Ostberlin, verbunden mit einem Empfang in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR.

Abschließend ist festzuhalten, daß sich für jeden Interessierten die Teilnahme an einem solchen Seminar wirklich lohnt - auch wenn nicht gerade

"Grüne Woche" ist. Bei der nächsten derartigen Veranstaltung werden wir Sie durch unsere "G'werzinsel" rechtzeitig vorher informieren - Sie sind dann herzlich eingeladen, einige Tage in Berlin zu verbringen.

*Täglich frisch und lecker
Kuchen und Gebäck
von Ihrem Bäcker*

Bäckerei
Dieter Tusch
Kreuzstraße 4
6993 CREGLINGEN
Tel. (07933) 627

Auto-Zink

Europäische
Fachjournalisten haben
gewählt:



Testen Sie den neuen
Ford Escort. Bei uns!



Creglingen

Chancengleichheit für Behinderte

Erhebliche Anstrengungen zur sozialen und gesellschaftlichen Integration der Behinderten sind nach Auffassung der SPD und des VdK nötig. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Lang und sein Stellvertreter Werner Weinmann erklärten im Anschluß an ein Gespräch, die SPD-Landtagsfraktion unterstütze ausdrücklich die Forderung des VdK, daß Chancengleichheit zwischen Behinderten und Nichtbehinderten nicht mehr länger nur ein papierener Anspruch sein dürfe. Die SPD-Landtagsfraktion sagte dem VdK ihre Unterstützung in seinen Bemühungen zu, die Möglichkeiten zu Früherfassung und Früherkennung von Behinderungen auszubauen und auf einen flächendeckenden Aufbau eines Systems ambulanter Hilfen zugunsten der Behinderten in Baden-Württemberg hinzuwirken. Im Hinblick auf die mittelfristig zu erwartende schwierige Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation für Behinderte werde die SPD-Landtagsfraktion auch auf eine Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation Behinderter drängen.

Impressum

Verantwortlich für
den Inhalt i.S.d. Presserechtes

Willi Hain, Niederrimbach

Herausgeber

Die Creglinger SPD
6993 Creglingen

Druck

SPD-Unterbezirk
7186 Blaufelden

Auflage

1 700

Anzeigenpreise

1 Seite = 90 DM
1/2 Seite = 45 DM
1/4 Seite = 25 DM

Bei Anzeigenorder für mehrere Ausgaben Sonderpreise!



„Verdammtes Kabelfernsehen!“

KABELFERNSEHEN - FLUCH ODER SEGEN?

Wollen wir wirklich mehr Fernsehprogramme? Würden wir unsere Nachbarn und Freunde fragen, wäre die häufigste Antwort wohl diese:

"Das Programm ist ohnehin schlecht genug! Warum noch mehr Geld für noch mehr Kitsch investieren?"

Und doch - trotz dieser weitverbreiteten Meinung gibt es in unserem Lande einige einflußreiche Gruppen, die mit allen Mitteln versuchen, uns noch mehr Fernsehen zu liefern.

"Der Vater sitzt vorm Fernseher und entspannt sich bei einem Krimi, der Sohn zeichnet nebenher eine Musikshow auf, aus dem 16. Programm, die Tochter sieht sich auf dem - natürlich vorhandenen - tragbaren Fernseher einen Spielfilm aus dem 24. Programm an, jede halbe Stunde an den interessantesten Szenen von einem Werbespot unterbrochen und Frau Mama sitzt am Telefon und läßt sich die Preise von Jugendanoraks von einigen Warenhäusern auf den Monitor projizieren."

Ein Familienidyll in naher Zukunft? Wollen wir das wirklich?

Uns allen ist das Telefon und der Fernseher alltäglich und vertraut, und doch stecken in den beiden Systemen der Fernübermittlung von Bild und Ton noch ungeahnte Möglichkeiten, wenn sie durch verschiedene neue technische Einrichtungen erweitert werden.

1. Glasfaserbreitbandkabel müßten in der gesamten Bundesrepublik verlegt werden. Dies würde rund 30 Fernsehkanäle ermöglichen mit der entsprechenden Anzahl von Programmen.
2. Über das Telefonkabel könnten alle elektronisch gespeicherten Daten und Bilder von Sparkassen, Verwaltungen und Versandhäusern auf ein Monitorgerät beim Telefon übermittelt werden. Angestellte in diesem Branchen werden weitgehend überflüssig.
3. Satelliten würden über den Äther von noch so weit entfernten Sendern Bilder einstrahlen, so daß tatsächlich eine nahezu unbegrenzte Zahl von Programmen zur Verfügung stünde, denn um diese Programme zu empfangen, benötigt man lediglich eine entsprechende Parabolantenne auf dem Dach.
4. Videogeräte machen unabhängig von der Sendezeit.

Diese neuen Einrichtungen kosten aber ungeheuer Summen!! So würde das Verlegen von Breitbandkabeln alleine 60 Milliarden DM kosten (Stand 1980). Dazu kommen die Kosten für den Bau von Satelliten und Sendestationen, die Kosten für die Herstellung der vielen Sendungen und die laufenden Kosten zur Erhaltung dieser Einrichtungen.

Wer soll das bezahlen?

Drei Möglichkeiten der Finanzierung werden diskutiert:

- über Steuern
- über direkte Gebühren
- über Werbung

In jedem Fall aber zahlen wir Bürger die Zeche, entweder direkt oder indirekt.

Sollen wir das bezahlen?

Zitate

Die achtziger Jahre werden nicht im Zeichen eines immer dichteren sozialen Netzes stehen, sondern sie müssen im Zeichen der Anstrengung stehen, dafür zu sorgen, daß nicht allzu viele Menschen allzu früh in dieses Netz fallen.

Erhard Eppler

Wer, wie einige Politiker in den USA, erst über mangelndes Gleichgewicht klagt und dann plötzlich die eigene militärische Überlegenheit zum politischen Ziel erhebt, wird mit unserem Widerstand rechnen müssen.

Erhard Eppler

Befürworter und Gegner des Kabelfernsehens sind sich in einem Punkt einig: Viele Programme haben zur Folge, daß viel ferngesehen wird. (Auslandserfahrung: 20% Zunahme der Fernsehzeit bei Kindern, Hausfrauen und Rentnern).

Wie aber wirkt sich das Fernsehen - vor allem das zu häufige Fernsehen - auf die Entwicklung der Kinder aus?

1. Psychische Krankheiten nehmen zu, verbunden mit Nervosität, Abstumpfung der Sinne für die Wirklichkeit, Mangel an Erlebnisfähigkeit.
2. Psychosomatische Krankheiten sind vermehrt festzustellen: Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Magenkrämpfe.
3. Kinder bleiben in ihrer sprachlichen Entwicklung zurück. Das bedeutet Nachteile für Schule und Beruf, auch die Fähigkeit zum Dialog, zum Gespräch miteinander, wird erschwert.
4. Die Vorstellungskraft wird nicht ausreichend entwickelt. Kinder und Jugendliche werden zunehmend unfähig, sich die Folgen ihres Handelns vorzustellen, auch bei kriminellen Handlungen wie Diebstahl und anderen Gewalttaten.
5. Die Eigeninitiative und der Drang, selbst etwas zu tun, werden unterdrückt. Kinder und Jugendliche wissen mit ihrer Zeit nichts mehr anzufangen, wenn der "Kasten einmal nicht flimmert." Sie langweilen sich. Die Folgen sind bekannt.
6. Die Kinder leiden unter Kontaktschwierigkeiten. Dies kann zur Vereinsamung führen oder zu falschem Verhalten anderen gegenüber, da sie den Umgang mit Menschen nicht genügend geübt haben.
7. Der Familie wird ihre hilfreiche und notwendige erzieherische Aufgabe eingeschränkt. Das Familiengespräch wird seltener werden. Kinder und Jugendliche werden mit ihren Problemen alleine gelassen. Fehlverhalten ist die logische Folge.
8. Ein besonderer Gefahrenpunkt ist die unabwendbare, viele Werbung. Der Zuschauer wird angeregt, immer noch mehr zu konsumieren. Dabei ist doch jedem klar, daß die einseitige Befriedigung der materiellen Wünsche uns nicht glücklich macht. Psychologen erkennen noch andere Folgen der Werbung. Sie sehen einen direkten Zusammenhang zwischen Konsumzwang und der Zunahme von Diebstahl durch Jugendliche. Versprechungen in der Werbung von Glück und Freiheit durch den Genuß von Zigaretten und Alkohol (sicher würde die Zigarettenwerbung, mit Mühe und Not aus dem Fernsehen verbannt, beim privaten Programm wieder fröhliche Urstände feiern) verführen viele Jugendliche zu Eigentumsdelikten. Dabei ist jede Sucht austauschbar: Alkoholkonsum, Zigarettenkonsum, Tablettenkonsum, Drogenkonsum.....

Wie für Anzeigen in Zeitungen üblich, besteht kein Zusammenhang zwischen den politischen Auffassungen der Inserenten und der in dieser Zeitung geäußerten politischen Richtung.

Fazit: Der Bürger soll also dafür bezahlen, daß in den geschädigten Kindern eine Generation heranwächst, die möglichst viel konsumieren soll, aber möglichst selbst nicht aktiv sein will oder kann. Die zwar Forderungen an die Gesellschaft stellt, aber deren Fähigkeit, auch Gemeinschaftsaufgaben zu übernehmen, nicht entwickelt wurde. Eine Jugend, in ihrer seelischen und geistigen Entwicklung eingeengt wurde und mehr dem willenlosen, leicht steuerbaren Konsumenten (nicht nur von Waren, sondern auch von Informationen) gleicht und nicht dem eigenverantwortlichen, engagierten und deshalb notwendigerweise auch kritischen Staatsbürger.

Und die CDU - Hüterin der Familie und Freundin aller Kinder (siehe Geburtenprämie) marschiert bei all dem forsch voran!!!

Kabelfernsehen - Fluch oder Segen? Fluch sicher für das Familienleben, für die Persönlichkeit des Einzelnen, für die Entwicklung unserer parlamentarischen Demokratie, die ohne das kritische Engagement des einzelnen Bürgers nicht leben kann.

Segen sicher für die Wirtschaftsbosse, die die große Kasse machen, die dabei Millionen verdienen. Segen sicher auch für die Konservativen im Lande, denen kritische Bürger ohnehin ein Dorn im Auge sind und die es lieber sehen - so lange ist das gar nicht her - daß einer die Parole ausgibt und alle sagen: Jawohl! Und über das "Glottzophon" geht diese Berieselung einfacher und dauernder als durch die bestorganisierte Kundgebung!!!

Unsere Meinung: Kabelfernsehen - NEIN DANKE !!!!!